

Kanton will keine Privatgefängnisse

Der Kanton will seine Gefängnisse von Privaten weder bauen noch betreiben lassen. Dennoch sollen beim Strafvollzug Private stärker zum Zuge kommen.

Von **Thomas Hasler**

Die Privatisierung im Strafvollzug soll vorangetrieben werden - allerdings nicht in dem Sinne, wie es sich SVP-Kantonsrat Willy Haderer 1994 vorgestellt hatte. In einer Motion, die schliesslich als Postulat überwiesen wurde, hatte er die Erstellung und Betreuung von Gefängnissen durch Private gefordert. In einem Beschluss, der nächstens veröffentlicht wird, erteilt die Regierung der Erstellung und insbesondere dem Betrieb einer geschlossenen Strafanstalt «zurzeit eine klare Absage», wie Thomas Manhart, Generalsekretär der Justizdirektion sagt.

Der Bau von Gefängnissen durch Private mache nur dann einen Sinn, wenn er billiger komme. Die öffentliche Aus-

schreibung des Bezirksgefängnisses Dietikon habe aber gezeigt, dass die kantonale Baudirektion praktisch gleich billig bauen könne wie die Privaten. Im Fall Dietikon waren neun Offerten eingegangen, die zwischen knapp 13 und 31 Millionen Franken lagen. Aber auch der Betrieb einer geschlossenen Anstalt durch Private ist laut Manhart nicht billiger. Günstiger werde es nur, wenn der Qualitätsstandard in einem nicht mehr vertretbaren Rahmen abgebaut werde.

Gesetzesänderung beantragt

Sollte der Kanton in Zukunft zum Schluss kommen, dass die Erstellung von Gefängnissen durch Private doch billiger ist, so wäre die Rechtsgrundlage dafür vorhanden. «Die heutigen Bestimmungen erlauben den Kauf oder die Miete von Vollzugseinrichtungen», heisst es in einer Pressemitteilung des Regierungsrates. Dennoch beantragt er dem Kantonsrat eine Änderung des Straf- und Vollzugsgesetzes, wie er am vergangenen Mittwoch beschlossen hat. Die Änderung hat drei Ziele:

■ Zum Ersten soll das Gesetz so geändert werden, dass der Kanton nicht nur im Massnahmenvollzug mit privaten Insti-

tutionen zusammenarbeiten kann, sondern neu auch im Strafvollzug.

■ Zum Zweiten soll die Subventionierung von privaten Einrichtungen, die Strafen und Massnahmen vollziehen oder Verurteilte betreuen, endlich auf eine genügende Rechtsgrundlage gestellt werden.

■ Zum Dritten soll auch eine Subventionierung von Privaten möglich werden, die sich mit der Verhütung von Straftaten oder der Wiedergutmachung ihrer Folgen beschäftigen.

Subventionierung möglich

Der Regierungsrat setzt dem Einbezug von Privaten im Rahmen des Strafvollzugs allerdings klare Grenzen. «Dabei wird nicht an den Vollzug klassischer Freiheitsstrafen gedacht, sondern vielmehr an alternative Formen wie die gemeinnützige Arbeit.» Konkret: Die Arbeitsleistung eines Verurteilten bleibt die Gleiche. Deren Organisation - wie beispielsweise das Finden eines geeigneten Einsatzortes - übernimmt aber nicht mehr die Spezialabteilung des Sozialdienstes der Justizdirektion, sondern kann karitativen Institutionen übertragen werden.

Die Regierung schafft mit einem neuen Gesetzesparagrafen auch die Grundlagen, um die Tätigkeit von Privaten mit bis zu 80 Prozent des anrechenbaren Aufwandes oder mit entsprechenden Pauschalbeträgen zu subventionieren. Wiederholt hatten Finanzkommission und Finanzkontrolle gerügt, eine entsprechende Subventionierung auf der Basis eines Regierungsrats- oder Kantonsratsbeschlusses stelle eine dünne rechtliche Grundlage dar. Die Gesetzesergänzung war denn auch vor allem mit dem Ziel lanciert worden, die Beitragsleistung an die Zürcher Stiftung für Gefangenen- und Entlassenenfürsorge (ZSGE) rechtlich genügend abzusichern. Neu soll diese Zusammenarbeit auch auf dem Gebiet der Verbrechensverhütung und der aussergerichtlichen Aussöhnung von Opfer und Täter möglich werden. Im bestehenden Opferhilfegesetz ist die Präventionsarbeit nämlich nicht subventionsberechtigt.

Laut Manhart soll die Einführung der Gesetzesänderung nicht mit Mehrkosten verbunden sein. «In erster Linie soll der Kuchen anders verteilt werden.» Wenn der Einbezug alternativer Strafvollzugsformen zu einer Entlastung des geschlossenen Vollzugs führe, «wird die Rechnung sogar billiger».